

<b>Protokoll:</b>	<b>Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrifts-Nr</b>	98
		<b>TOP:</b>	3
	Verhandlung	<b>Drucksache:</b>	1397/2011
		<b>GZ:</b>	-

<b>Sitzungstermin:</b>	25.04.2012
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich
<b>Vorsitz:</b>	BM Wölfle
<b>Berichterstattung:</b>	der Vorsitzende
<b>Protokollführung:</b>	Herr Häbe st
<b>Betreff:</b>	<b>Umsetzung Bundesfreiwilligendienst im Verwaltungs- und Kulturbereich der Landeshauptstadt Stuttgart</b>

Beratungsunterlage ist die dieser Niederschrift angeheftete gemeinsame Vorlage des Referats Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser und des Referats Kultur, Bildung und Sport vom 10.04.2012, GRDRs 1397/2011.

Durch StR Kanzleiter (SPD) wird nachgefragt, ob erwartet wird, dass die externen Einrichtungen die Stellen besetzen oder ob die vorgesehene Vorgehensweise dazu führt, dass mangels Verwaltungskapazitäten Stellen unbesetzt bleiben.

Laut BM Wölfle beinhaltet die Vorlage nicht nur die zukünftige Umstellung auf den Bundesfreiwilligendienst, sondern auch eine klarere Zuordnung innerhalb der Verwaltung. Einrichtungen, die mit Freiwilligen arbeiten, seien an einer klaren und einfachen Handhabung interessiert. Sollte es Hilfebedarfe geben, würde seitens der Stadtverwaltung Unterstützung gewährt; das Interesse der Einrichtungen sei allerdings groß, selbständig zu agieren.

Der Vorsitzende sagt zu, der Bitte von StR Kanzleiter, nach einem gewissen Zeitraum z. B. einem Jahr, einen Bericht über die gemachten Erfahrungen seitens der Verwaltung zu geben, nachzukommen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, stellt BM Wölfle fest:

Der Verwaltungsausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.  
zum Seitenanfang